

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung
der Demokratie in Freiheit und Frieden

–

von

Tristan Abromeit

Januar 2023

Text 177.0

www.tristan-abromeit.de

Die Grenzen des Staates

und

die Wahl der Gesellschaftsordnung

Text 177.12

– Anhang zum Text 177.12 –

Text 177.12.1

Gründung und Auflösung

der Liberal Sozialen Partei (LSP) 1966 - 1968

in zwei Teilen:

177.12.1.1 und 177.12.1.2

Die gesammelten Texte sind aus technischen Gründen in 2 Dateien aufgeteilt.

Vorlauf der Gründung 177.12.1.1

Kurze Wirkzeit / Pressemitteilungen 177.12.1.2

Liberal - Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adr. Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon 0471 / 23985

17
74

Bonn, den 31. 12. 67

Pressemitteilung

Resolution des Vorstandes der LSP zum Jahreswechsel

Die Jahreswende ist ein Zeitpunkt der Rück- und Vorschau, ein Anlaß zu feierlichen Reden, die beruhigend auf besorgte Gemüter wirken sollen.

Die Bundesbürger haben aber keinen Anlaß sich beruhigen zu lassen. Unseren Beitrag zu einer friedlicheren Welt -- die Aussöhnung mit der DDR und den anderen östlichen Nachbarn -- steht noch aus.

Die freiheitlich, demokratischen Grundsätze unserer Verfassung sind nur im bescheidenen Umfang verwirklicht.

Das wirtschaftliche Wachstum bei stabilem Geld und Vollbeschäftigung ist nicht gegeben. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht auf der einen Seite und die Ohnmacht der Arbeitslosen auf der anderen Seite sind die Grenzmarkierungen unserer Wirtschaftswirksamkeit.

Studenten meutern gegen den Kurs, den die Bundesrepublik Deutschland genommen hat. Viele Mitbürger sind aus ihrer isolierten Ruhe und auch oft aus ihrer Selbstgefälligkeit aufgeschreckt. Manche jüngere Bürger erkennen zum ersten Mal, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Politik und dem persönlichen beruflichen Erfolg.

Wir appellieren darum an das Verantwortungsbewußtsein unserer Mitbürger: nehmt in dem Jahr 1968 mehr als in den vergangenen Jahren aktiv an der Politik der BRD teil.

Nur eine bessere Politik kann uns hoffen lassen, daß wir unsere Probleme lösen. Eine bessere Politik können wir aber nicht erwarten, wenn sich nicht mehr Frauen und Männer bereit finden, für die öffentliche Sache einzutreten.

Jeder kann einen Beitrag leisten, wenn auch nicht immer allein, so doch in einer politischen Partei.

Der Satz - Politik verdirbt den Charakter - dürfte eher in seiner Umkehrung stimmen, nämlich: Schlechte Charaktere verderben die Politik.

gezeichnet: Tristan Abromeit - Karl-Heinz Ventker - Volker Stehr

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Ch.70
Telefon 0471 / 23985

Abfrage

21.1.1968

Pressemitteilung (3)
=====

Bemerkungen und Resolution des Vorstandes der Liberal-Sozialen Partei

Bemerkungen zur politischen Situation in der BRD

Wieviel bittere Erfahrung muß dahinter stehen, wenn ein Denker wie Alexander Mitscherlich sagt "....., daß die deutsche Demokratie die demokratische Ordnung, hierzulande mit einem gewissen Widerwillen angenommen worden ist: Sie ist da, aber sie ist in Wahrheit nicht etabliert." 1)

Unsere noch mächtigsten Parteien: CDU und SPD wollen also eine von den Bewohnern der Bundesrepublik nicht angenommene Demokratie mit Notstandsgesetzen vor der Auflösung schützen. Welche Logik soll dahinter stehen?

Die Nato, als Militärbündnis zur Verteidigung der Freiheit geschaffen, stützt die Diktatur in Griechenland - welcher Hohn. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Nato und Verträgen, wenn sie wegen Ihrer Unterstützung des Militärregimes in Griechenland angesprochen wird. Ein nobler Garant der Freiheit - die jetzige Bundesregierung.

Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD, Helmut Schmidt mehr Mut zur Wahrheit fordert 2), so können wir leider nur daraus lesen, daß er eine andere Taktik für die SPD fordert und nicht eine Besinnung.

Die FDP, die nicht aus eigenem Entschluß im Bundestag zur Oppositionspartei wurde, umgibt sich mit dem Mantel des Hüters freiheitlich-demokratischer Moral, obwohl in der Vergangenheit es bei ihr selbst daran mangelte. Wie schwach und ohne Selbstbewußtsein muß aber die FDP sein, wenn sie in einem Professor der Soziologie ihren rettenden Engel sieht. Es ehrt Ralf Dahrendorf, daß er sich an der praktischen Politik beteiligt, nur liegt er mit einem abgetrabten Gaul schlecht im Rennen. Wenn der scheidende FDP-Vorsitzende Erich Mende mit missionarischen Eifer für den Verkauf von amerikanischen Wertpapieren eintritt, ohne das Wechselkursproblem zu erwähnen, dann zeugt das von Blindheit. Eine Partei, die solches Verhalten ihres Vorsitzenden duldet, kann nicht Anwalt für Freiheit und Gerechtigkeit sein.

Wenn Mitscherlich sagt: Das "... Volk der Dichter und Denker hat eine Tendenz, sich Selbsterkenntnis zu ersparen und sich stattdessen an Ideale anzupassen, die angeblich den Konflikt, den man selber nicht lösen kann, gelöst haben." 3). So ist das das schlechteste Zeugnis für die CDU, SPD und FDP, was ausgestellt werden kann. Denn diese drei Parteien haben über zwanzig Jahre die Macht gehabt, den Bundesbürgern ein besseres Bewußtsein zu vermitteln, ihnen zu lehren, daß ein freiheitliches Leben ohne Konflikte nicht möglich ist. Unser Staat blieb die Vaterfigur, die alles besser kann und weiß als das Individuum. Wenn wir für die Demokratie sind, dann müssen wir anerkennen, daß der Staat nur ein Zweckverband sein kann.

In Bremen demonstrierten und randalierten Schüler gegen Fahrpreiserhöhungen der Bremer Straßenbahn AG.:

Diese Ereignisse werfen wieder Schlaglichter auf verschiedene Probleme:

B1.2 der Pressemitteilungen der LSP

1. Die Schüler werden mangelhaft durch ihre Lehrer über wirtschaftliche Zusammenhänge informiert.
2. Die Verkehrsbetriebe als Monopolunternehmen werden in ungenügender Weise auf demokratische Art kontrolliert.
3. Wenn Schüler gelernt haben, ihre wirtschaftlichen Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen, so zeigen sie sich nur als Meisterschüler der Interessenverbände. Man muß eben wissen wie "unsere Politiker" behandelt werden müssen, um sie gefügig zu machen.
4. Wenn junge Menschen die Schülermitverwaltung und die Parlamente in der jetzigen Form nicht mehr ernst nehmen können, wenn den Studenten die Gleichberechtigung in den Gremien der Hochschulen aberkannt wird, dann bleibt ihnen ja nur der Krawall als Ventil.
5. Wenn die Polizei nur Gewalt gegen Protestaktionen einzusetzen hat, dann ist das ein Armutszeugnis der Innenminister und der Polizeipräsidenten.

Resolution des LSP-Vorstandes über die Aufforderung zur Mitarbeit in der Liberal-Sozialen Partei

Junge und alte Bürger der BRD, die Sie unzufrieden sind mit den politischen Verhältnissen, lassen Sie sich sagen:

Die wirksamste Waffe gegen unfähige, überhebliche und korrupte Politiker ist ihre Vertreibung aus den Parlamenten. Diese Vertreibung kann aber nur durch eine legitime Abwahl geschehen. Wir sind dabei eine neue Partei, die Liberal-Soziale Partei (LSP), aufzubauen um mit ihr die bestehenden Parteien zu besseren Leistungen zu zwingen oder sie von der Bildfläche zu drängen.

Wenn der vorhandene Unwillen artikuliert werden soll, dann braucht er eine Organisation. Die zweckmäßigste Organisation ist bei den gegebenen Verhältnissen die politische Partei.

Wir haben mit der Gründung der Liberal-Sozialen Partei (LSP) am 25./26.11.1967 in Bonn den Anfang gemacht; der Aufbau muß mit Ihrer Hilfe geschehen.

Der Kampf für die Demokratie ist noch nicht gewonnen. Wir fordern Sie, Protestanten der stillen und lauten Art auf, sich in der LSP zu formieren, sofern Sie die Fähigkeit zum Denken und zur Zusammenarbeit besitzen.

Der Vorstand: Tristan Abromcic Karl-Heinz Ventker

Volker Stehr

- 1) Spiegelgespräch mit Professor Alexander Mitscherlich über Psychoanalyse in der Bundesrepublik, DER SPIEGEL, Nr.52/1967
- 2) Nordsee-Zeitung vom 28.12.67

16/10/80
Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristen Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon 0471/ 23925

17. 4. 68

Mitteilung an die Presse (4)
=====

Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die dadurch
ausgelösten Demonstrationen

Daß wir den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verurteilen ist eine
Selbstverständlichkeit, die keiner Erläuterung bedarf.

Wir haben Verständnis für die durch das Attentat ausgelösten ge-
waltsamen Demonstrationen, wir müssen die Gewalttaten aber genau-
so mißbilligen, wie die der Amerikaner und Vietnamesen. Wenn wir
eine bessere Welt wollen, dann ist die Faust nicht das geeignete
Mittel, dies sollten alle Bundesbürger im Geschichtsunterricht
begriffen haben.

Jede Revolution trampelt ihre Ideale in den Dreck. ^{Wenn} Wir wir wirklich
den Durchbruch zu einer menschenwürdigen Welt wollen, dann müssen
wir uns mit der unblutigen Evolution bescheiden.

Eine bessere Gesellschaftsordnung wird nicht durch Straßen-
schlachten gewonnen, sondern durch gedankliche Fleißarbeit.

Wir brauchen keine Prediger der Gewalt, wir brauchen tausende
Gandhis und Kings. Wir brauchen tausende Sozialwissenschaftler,
die den gutwilligen Politikern brauchbare Instrumente aufzeigen
und entwickeln, damit sie eine bessere Wirtschafts- und Gesell-
schaftsordnung durchsetzen können. Wir brauchen zur Verstärkung
der fähigen und gutwilligen Politiker neue, junge, unbefangene,
unkorruptierte Abgeordnete in unseren Parlamenten.

Im Springer-Verlag eine Ursache und nicht ein Symptom unserer
kranken Bundesrepublik zu sehen, zeugt von Gedankenlosigkeit. Kein
Verlag kann bei uns im Westen auf Dauer Produkte verkaufen, die
nicht vom Leser gebilligt werden. Ein Verlagskonzern ist ein Wirt-
schaftsunternehmen wie andere Konzerne auch, die Schäden für die
Gesellschaft sind nicht immer gleich gut sichtbar. Eine Verstaat-
lichung des Zeitungswesens bricht nicht die Macht der Meinungs-
bildner. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der einzelne Redakteur
und Journalist unabhängiger vom Verleger wird.

Die Konzentration wirtschaftspolitischer Macht werden wir nur über-
winden, wenn es gelingt, daß der Arbeitsertrag zunimmt und der

Kapitalertrag abnimmt.

Studenten der Bundesrepublik, wir teilen Euren Zorn auf unaufrichtige und verblendete Politiker und Publizisten und auf stumpfsinnige und teilnahmslose Bewohner unseres Staates, die den Namen Bürger nicht verdienen. Unsere gemeinsamen Ziele gebieten es aber, daß wir unsere Feinde zu unseren Brüdern machen.

Den Generationen der beiden Weltkriege ist es nicht gelungen, die Demokratie bei uns heimisch zu machen, wird es uns gelingen?

gez. Tristen Abromeit
Vorstandsvorsitzender

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon: 0471 / 23985

1.5.68

Mitteilung an die Presse (5)

Stellungnahme zum Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg

Das Wahlergebnis gilt:

1. als eine Absage an das Zwei-Parteien-System;
2. als eine Quittung dafür, daß sich die SPD und CDU fast bis zur Unterschiedslosigkeit genähert haben; ihre Politik unwahrhaftig und in Teilbereichen falsch ist;
3. als ein Beweis dafür, daß es der FDP trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, für ein größeres Wählerpublikum interessant zu werden;
4. als eine Bestätigung, daß rechtsgerichtete Irrationalität in der BRD mehr gefragt ist, als linksgerichtete;
5. als Hinweis dafür, daß der Durchschnittswähler nicht in der Lage ist, Programme, Ergebnisse und Kandidaten kritisch zu würdigen.

Wenn jetzt der Erfolg der NPD "Bestürzungen und Sorge" hervorruft, so vergessen wir doch nicht die konservativen und nationalen Mitglieder in der CDU-CSU / SPD und der FDP.

Die Erfolgsserie der NPD wird man nur durch eine glaubwürdigere Politik stoppen können; diese können wir aber nicht von verschlossenen Parteien erwarten.

Die Ernsthaftigkeit der Kritik an links- und rechtsextremen Parteien wird man daran messen müssen, inwieweit liberale und weltoffene Parteien von den Politikkritikern unterstützt werden.

gez. Tristan Abromeit
Vorstandsvorsitzender

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon 0474 / 23985

11.5.1968

Mitteilung an die Presse (6)
=====

Demonstration gegen Notstandsverfassung am 11.5.68 in Bonn

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) lehnt jegliche Notstandsgesetze radikal ab, weil nach ihrer Ansicht das Grundgesetz als Basis für die Bewältigung des Notstandes ausreicht und die Demokratie sich im Notstand zu bewähren hat. In diesem Zusammenhang tritt die LSP für die Kündigung der us-amerikanischen Vorbehaltsrechte ein.

Die LSP wendet sich entschieden gegen den neuen Notstandsverfassungsentwurf, der ausdrücklich im Rahmen der "Bündnisverpflichtung" jede parlamentarische Kontrolle ausschließt und die Plattform für eine neue Diktatur mit Konzentrationslagern schafft.

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) befürwortet die vom "Kuratorium Notstand der Demokratie" veranstaltete Demonstration gegen die Notstandsverfassung heute in Bonn und beteiligt sich am Protestmarsch.

Die LSP wird in einem "Offenen Brief" an alle Bundestagsabgeordneten zu den Notstandsberatungen des Bundestages am 15. Mai 68 Stellung nehmen.

gez. Karl-Heinz Ventker
Osnabrück
2. Vorsitzender der LSP

Information: Die LSP, linksliberal, wurde am 25./26.11.1967 in Bonn gegründet. 1. Vorsitzender ist Versicherungskaufmann Tristan Abromeit, Bremerhaven.

Ablage

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon 0471 / 23985

13.5.1968

Mitteilung an die Presse (?)
=====

Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten zu den Notstands-
beratungen des Bundestages am 15. Mai 1968

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 15. Mai 68 sollen Sie über den neuen Notstandsverfassungsentwurf des Rechts- und Innenausschusses entscheiden.

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) warnt Sie eindringlich, den Entwurf ohne öffentliche Diskussion zu verabschieden.

Der neue Entwurf der Notstandsverfassung schließt jede parlamentarische Kontrolle aus, da er in Ausnahmeständen Notstandsvollmachten von den Alliierten auf ein internationales Organ, d.h. "NATO", überträgt.

Weiter schafft der Entwurf Verfassungsschutzämtern und Geheimdiensten die Möglichkeit einer Post- und Telefonkontrolle, sowie gegen eine Behinderung eines Verfassungsorgans (z.B. durch Streik, Demonstrationen usw.) entgegenzutreten und die Freiheit jedes Bundesbürgers drastisch einzuschränken (Verbot von Arbeitsplatzwechsel, Dienstverpflichtung, Erfassung und Mobilmachung von Kfz.).

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) appelliert an Sie, die Vorlage abzulehnen. Sie haben kein Recht, einen solchen Verstoß gegen die internationalen Menschenrechte ohne Volksbefragung in das Grundgesetz einzubauen.

Deshalb beteiligte sich die LSP an der Demonstration am 11. Mai 68 in Bonn.

Liberal-Soziale Partei (LSP)
gez. Karl-Heinz Ventker, Osnabrück
2. Vorsitzender

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdörfer Chaussee 70
Telefon: 0471 / 23985

Ab/1098

25.5.68

Mitteilung an die Presse (8)

3. Lesung der Notstandsgesetze am 29. Mai 1968

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) lehnt jede Einschränkung des Grundgesetzes entschieden ab und ruft nochmals alle Bundestagsabgeordneten - besonders der SPD und FDP - auf, diesen Notstandsgesetzen der Zustimmung zu versagen.

Hitlers Weg zur Macht wurde durch die Brüning'schen Notverordnungen vorbereitet. Die Weimarer Republik ging nicht an der Vielzahl der kleinen Parteien zugrunde, sondern am Versagen ihrer Politiker und Parteien, deren bürgerlichen Abgeordneten in ihrer Ohnmacht dem Ermächtigungsgesetz Adolf Hitlers im März 1933 zustimmten. Soll der Weg für eine neue Diktatur, für Hitler II., vorbereitet werden?

Die Liberal-Soziale Partei fordert die Abgeordneten auf, für die Erweiterung des Grundgesetzes einzutreten:

für die Aufnahme von Volksentscheid und Volksbegehren in die Verfassung; Herabsetzung der Volljährigkeit und des Wahlalters auf 18 Jahre,

In ganzseitigen Anzeigen, auf Kosten der Steuerzahler, versucht die Bundesregierung die Notstandsgesetze zu verharmlosen. Wenn die Bundesregierung alles dafür tun will, daß diese Gesetze niemals angewendet werden müssen, "denn wir alle wollen keinen Notstand", dann sind diese Gesetze völlig überflüssig.

Die Liberal-Soziale Partei (LSP) ruft am Tag der 3. Lesung der Notstandsgesetze zu Warnstreiks in den Betrieben, Universitäten und Hochschulen auf und erklärt sich mit allen Maßnahmen solidarisch, die der Aushöhlung des Grundgesetzes entgegenwirken.

Folgende Aktionen sind zur Diskussion gestellt: Schaffung eines Gegenparlamentes der außerparlamentarischen Opposition; öffentliche Anklage gegen notstandsbeifürwortende Abgeordnete und Verhinderung deren Wiederwahl bei der Bundestagswahl 1969; Gründung einer gemeinsamen Wahlopposition zur Bundestagswahl 1969.

Die Gewerkschaften sind zur Mitarbeit und Unterstützung aufgerufen.

Liberal-Soziale Partei (LSP)
gez. Karl-Heinz Ventker, Osnabrück
2. Vorsitzender

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70

1. 9. 1968

Mitteilung an die Presse (9)

#####

Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

1.0 Lob und Tadel

- 1.1 Der Überfall und die Erpressungen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik wird als Schande und Barbarei in die Geschichte eingehen.
- 1.2 Die Kritik an dem Vorgang kann nicht scharf genug sein. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß keine rückwärtsge wandten Schlußfolgerungen die freiheitliche Entwicklung der Menschheit fördern.
- 1.3 Der Tschechoslowakei kommt das historische Verdienst zu, die Wirksamkeit der gewaltlosen Verteidigung erstmals im größeren Rahmen ohne vorheriges Training unter Beweis gestellt zu haben, wenn auch noch nicht von einem Sieg gesprochen werden kann.
- 1.4 Die Sowjetunion lieferte den Beweis dafür, daß auch eine Gewaltherrschaft nicht völlig allgemeine zwischenmenschliche Normen außer acht lassen kann.
- 1.5 Die UNO hat erneut versagt. Eine Reform der UNO ist notwendig, wenn sie ihre Autorität nicht ganz verlieren soll.
- 1.6 Die Militärbündnisse sind keine Garantie für den Frieden, sondern eine Gefahr. Eine Welt mit relativ unabhängigen Staaten kann einen Aggressor wirksamer isolieren als eine Welt der Machtblöcke, die kein Platz hat für die Würde und Unabhängigkeit kleinerer Staaten. Wenn wir die NATO stärken, schwächen wir die Position der Liberalen im sozialistischen Lager.
- 1.0 Was können wir Bundesrepublikaner tun, um den Tschechoslowaken zu helfen?
- 2.1 Wir dürfen den kalten Kriegern bei uns keine Chance zur Wirksamkeit lassen.
- 2.2 Wir müssen die DDR als Staat und die Ostgrenzen als gegeben anerkennen und gleichzeitig eine Außenpolitik betreiben, die die Grenzen durchlässiger macht.

- 2.3 Wir müssen mit den Siegermächten und der DDR über einen Sonderstatus für ein vereinigtes Berlin mit freien Zugängen von OST und WEST verhandeln.
- 2.4 Wir müssen die Natoverträge kündigen und die nichtmilitärische Verteidigung ausbauen.
- 2.5 Wir müssen sofort auf breiter Basis über Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der BRD diskutieren. Wir müssen die Illusion überwinden, als hätten wir aus der Bundesrepublik das bestmögliche gemacht.
- 3.0 Eine auf die Existenzsicherung einer freien Menschheit ausgerichtete Politik muß anstreben:
 - 3.1 daß jeder Staat Mitglied der UNO wird;
 - 3.2 daß das Vetorecht in den Institutionen der UNO aufgehoben wird;
 - 3.3 daß die UNO in die Lage versetzt und verpflichtet wird, Einzelstaaten vor der Vergewaltigung durch andere Staaten und Volksgruppen vor der Ermordung zu schützen;
 - 3.4 daß Abhängigkeiten einzelner Staaten von anderen einzelnen Staaten auf ein Minimum reduziert werden, daß aber die Abhängigkeit der Einzelstaaten von der Staatenwelt dagegen maximal wird, damit wirksame Sanktionen wegen Verstößen gegen internationale Normen durchgeführt werden können;
 - 3.5 daß jeder mündige Mensch unzensurierte Informationen über geplante und durchgeführte militärische und politische Aktionen erhält (In jenen Gebieten wo dies nicht gewährleistet ist, muß zwingend die UNO als Informant auftreten.);
 - 3.6 daß die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr und Gütertausch beseitigt werden (Nur dann lassen sich Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen.).
- 4.0 Leitsätze humaner, freier Menschen
 - 4.1 Wir müssen den Sowjets und ihren Satelliten sagen, daß Staatskapitalismus kein Sozialismus ist.
 - 4.2 Wir müssen den Sowjets sagen, daß der Imperialismus auch dann Imperialismus ist, wenn er unter der roten Fahne marschiert.
 - 4.3 Wir dürfen den Sowjets aber auch sagen, daß wir sie nicht für Teufel halten, sondern für unfreie Menschen mit geistig verblendeten Führern.

- 4.4 Wir müssen den Albanern und Chinesen sagen, daß die Gewalt Menschheitsreformern schlecht zu Gesicht steht. Die Aufforderung an die Tschechoslowaken, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, kommt der Aufforderung zum Selbstmord gleich.
- 4.5 Wir müssen die Schläge der Weltmächte unterlaufen und sie da treffen, wo sie am schwächsten sind, nämlich in ihrer moralischen Position.

5.0 Aufruf

- 5.1 Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Ihr wart in jüngster Zeit Zeuge, wie schwer es ist, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen und zu bewahren. Laßt es Euch als Mahnung gelten und nutzt endlich Euere Bürgerrechte zur Vertiefung unserer Demokratie und zur Verwirklichung einer humaneren Welt.
- 5.2 Wir müssen Wege zu neuen Ufern der Menschheit suchen. Feiglinge taugen nichts für die notwendige Expedition. Die Tschechoslowaken haben uns gezeigt was Mut ist und was Mut vermag. Zeigen wir uns ihnen als würdige Nachbarn.

Tristan Abromeit
(Vorstandsmitglied)

NORDSEE-ZEITUNG

BREMERHAVENER ZEITUNG NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG WESERMÜNDER NACHRICHTEN
 Einzelverkaufspreis 40 Pf Bremerhaven, Donnerstag, 22. August 1968 74. Jahrgang/Nr. 197 T 5358 A

Streit um Olympiareiter: Thiedemann zurückgetreten

Der Sport

Führungsspitze der Prager Reformer verhaftet — Schicksal ungewiß



Interniert: Svoboda

Verhaftet: Dubcek

Interniert: Cernik

In Belgrad: Hasek

Verhaftet: Smrkovsky

Verhaftet: Cisar

Sowjets überfallen die CSSR

Blitzinvasion der Warschauer-Pakt-Staaten — Tote und Verletzte

Prag/Washington/Bonn (Eig. Ber., dpa, UPI). Weit über den Ostblock hinausreichende politische Folgen werden in aller Welt durch die Blitzinvasion von Truppen der Sowjetunion und vier anderer Warschauer-Pakt-Staaten befürchtet, die in der Nacht zum Mittwoch zu Lande und aus der Luft die Tschechoslowakei überfallen haben. US-Präsident Johnson, UN-Generalsekretär U Thant, Jugoslawiens Staatspräsident Tito, Rumäniens Staatschef Ceausescu, die Bundesregierung und zahlreiche Regierungen in Ost und West haben die Invasion der Ostblocktruppen scharf verurteilt. Überall weckten die Nachrichten von dem Einmarsch die Erinnerungen an die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn und den Überfall Hitlers nach dem Münchner Abkommen vor 30 Jahren.

Zunächst noch kein Gespräch Schiller - Sölle

ck. Bonn. Nachdem das Bundeskabinett wegen der Ereignisse in der Tschechoslowakei die für Mittwoch vorgesehene Beratung über Verhandlungen zwischen Bundeswirtschaftsminister Schiller und DDR-Außenhandelsminister Sölle verschoben hat, bleibt es zunächst offen, ob es überhaupt zu einem Zusammentreffen der Minister kommen wird. Kommt es trotzdem zu dem Treffen, dann dürfte das Problem der Wiederaufnahme der Mineralöllieferungen aus der DDR im Rahmen des Interzonenhandels in den Gesprächen eine wesentliche Rolle spielen. Nach einer am Mittwoch vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Übersicht waren von der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1966 im Interzonenhandel für 35,3 Millionen Mark Mineralölzeugnisse bezogen worden.

Moskau: Kossygin tritt nicht zurück

Moskau (dpa). In der Tschechoslowakei kursierende Gerüchte über einen Rücktritt des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin sind am Mittwoch in Moskau entschieden demontiert worden. Der Pressesprecher des Außenministeriums bezeichnete das Gerücht als "Unsinn". Das gleiche gelte für die Behauptung, daß der sowjetische Verteidigungsminister Gretschno sein Amt niedergelegt habe. Solche Berichte seien — so sagte der Sprecher — als "Provokationen" anzusehen.

DAS WETTER

Sonnig und trocken

Vorhersage: Im Bereich Bremerhaven und der Wesermündung heute schwachwindig aus wechselnden Richtungen, sonnig und trocken, Tagesserwärmung auf 22 bis 25 Grad, nachts Abkühlung auf etwa 15 Grad, strichweise Frühnebel.

Beobachtungen der Wetterwarte Bremerhaven-Doppeldeichsee von gestern: Wind: Umkreisend, Stärke 2 bis 3. Höchste Lufttemperatur: 21,6 Grad, tiefste Lufttemperatur: 14,0 Grad. Wassertemperatur der Weser: 17,2 Grad. Relative Luftfeuchte um 7 Uhr: 89 Prozent, um 14 Uhr: 73 Prozent, 24stündiger Niederschlag bis 19 Uhr: 0,5 Liter Quadratmeter.

Meldung des Weserfeuerschiffes von 19 Uhr: Nordnordostwind, Stärke 3, Seegang 1.

Sonne: 23. August A. 05:19, U. 19:34
 Mond: 23. August A. 04:07, U. 19:45
 Hochwasser: Bremerhaven Dornumertief Cuxhaven
 22. August 00:17 11:27 12:13
 23. August 00:17 11:27 12:13
 (Deutsches Hydrographisches Institut Hamburg)

Am späten Mittwochabend ergab sich folgendes Bild der Lage:
 ● Die Grenzen der Tschechoslowakei sind hermeltlich abgeriegelt.
 ● Die Hauptstadt Prag sowie die größeren Städte des Landes sind von Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens oder der DDR besetzt.
 ● Das Schicksal der tschechoslowakischen Führung ist ungewiß. Parteichef Dubcek und der KP-Chefideologe Cisar wurden verhaftet. Das gleiche Schicksal traf auch Parlamentspräsident Smrkovsky, Staatschef Ceausescu und Ministerpräsident Cernik sind nach letzten Berichten lediglich "interniert" worden. Außenminister Hasek befindet sich in Belgrad in Sicherheit.
 ● Die etwa 5000 gegenwärtig in der CSSR weilenden deutschen Touristen befinden sich auf nahezu kopflloser Flucht nach Westen.

Während die Welt bisher vergeblich darauf wartete, daß die Sowjets neue Machthaber in der Tschechoslowakei präsentieren, ging eine Welle der Proteste und Sympathiebekundungen für die CSSR durch die ganze westliche und neutrale Welt. Nach übereinstimmenden Korrespondentenberichten aus Prag zeigt die Bevölkerung offene ihre Abneigung gegen die Invasionstruppen. Mehrfach ereigneten sich blutige Zusammenstöße. Bis zum Abend waren sieben Tote und eine unbekannte Zahl von Verletzten zu beklagen. Der amerikanische Präsident Johnson forderte die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf, die Truppen aus der CSSR abzuziehen. „Es ist nie zu spät, um die Vernunft wieder zur Geltung kommen zu lassen“, mahnte der US-Präsident. UN-Generalsekretär U Thant tadelt das sowjetische Vorgehen in scharfer Form. Am späten Abend trat der UN-Sicherheitsrat zusammen.

Auch in der kommunistischen Welt hat das sowjetische Vorgehen scharfe Reaktionen ausgelöst. Rumänien, das offenbar ein ähnliches Vorgehen der Sowjets im eigenen Land fürchtet, hat die Aufstellung einer „Arbeiter- und Intelligenz-Miliz“ zum Schutze des rumänischen Staates angeordnet.

Fortsetzung Seite 2



Sowjetische Schützenpanzer zogen schon in den frühen Morgenstunden des gestrigen Mittwochs vor dem Gebäude des

Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP, dem Amtssitz Dubceks, auf.

Moskau beruhigt Bundesregierung

Zarapkin bei Kiesinger — Bonn verurteilt Überfall der Sowjets

Von unserer Bonner Redaktion
 In./erd. Bonn. Die Sowjetunion hat der Bundesregierung am Mittwoch offiziell versichert, daß sich die Militäration gegen die Tschechoslowakei gegen keinen anderen Staat richte. Außerdem beteuerte die sowjetische Regierung in einer Mitteilung, die Botschafter Zarapkin Bundeskanzler Kiesinger überreichte, daß diese Aktion „den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, denen die sowjetische Regierung wie bisher große Bedeutung zuzuschreiben, keinen Schaden zufügen sollte“.

Die Bundesregierung, die Parteien und zahlreiche Organisationen in der Bundesrepublik verurteilten am Mittwoch den Ein-

marsch der Ostblock-Truppen in die CSSR als scharfste. Das Bundeskabinett bedauerte im Anschluß an eine Sitzung die „Bedrückung“ eines Nachbarvolkes, zu dem die Bundesrepublik eine gutes und freundschaftliches Verhältnis wünsche. Außerdem wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es zu keiner Verletzung der Grenzen der Bundesrepublik komme.

Wie die Bundesregierung nach der Unterredung Kiesingers mit dem Sowjetbotschafter mitteilte, hat Zarapkin zum Ausdruck gebracht, der Einmarsch der sowjetischen und anderer Truppen des Warschauer Paktes sei „auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung erfolgt“. Der Bundeskanzler wies den sowjetischen Botschafter auf die „tiefe Besorgnis“ der Bundesregierung über die Widersprüche hin, die sich aus der Mitteilung Zarapkins und aus denen der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten ergaben, wonach die tschechoslowakischen Führungsgremien gegen den Einmarsch der Truppen protestiert hätten. Unter entscheidender Zurückweisung „einer bestimmten östlichen Propaganda“ hob der Kanzler schließlich hervor, daß die Bundesregierung gegenüber der Tschechoslowakei eine strikte Politik der Nichteinmischung befolgt habe. Sie habe bewußt alles unterlassen.

Nach der rund zweistündigen Kabinettsitzung, der bereits am frühen Morgen eine Lagebesprechung des Bundeskanzlers mit Vertretern des Bundestages und den zuständigen Ministern vorausgegangen war, faßte Regierungssprecher Ahlers den Standpunkt der Bundesregierung in folgenden vier Punkten zusammen:

● Mit Bedauern stellt die Bundesregierung fest, daß sie Zeuge der Bedrückung eines Nachbarvolkes sein müsse, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein gutes und freundschaftliches Verhältnis wünsche.

● Sie verurteilt die Aktion des Warschauer Paktes als völkerrechtswidrige Aktion und als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR.

● Mit Entschiedenheit weist die Bundesregierung alle Versuche zurück, sie in den Kreis der äußeren Urheber dieser Aktion einzubeziehen. Sie erinnert an die betonte Zurückhaltung, die sie in den vergangenen Wochen gegenüber den Vorgängen in der Tschechoslowakei geübt habe. Im krassen

Lesen Sie bitte auch
 ● Leitartikel, Seite 2
 ● unsere Berichte, Reportagen und Analysen auf den Seiten 2, 3 und 4

Gegensatz zu dieser Haltung stünden die dauernden Pressionsversuche Ostberlins.

● Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Erklärung der sowjetischen Regierung, daß sich die Aktion auf den Raum der Tschechoslowakei beschränken und andere Staaten nicht beeinträchtigen werde, tatsächlich zutreffend ist.

Ahlers betonte schließlich, das deutsche Volk wünsche nach wie vor eine europäische Friedensordnung, „in der auf Anwendung von Gewalt und auf jede Drohung mit Gewalt verzichtet wird“.

Ahlers räumte ein, daß die Aktion gegen die Tschechoslowakei zu einer Veränderung des internationalen Klimas geführt habe, ließ aber offen, ob sich dadurch Rückwirkungen auf die Haltung der Bundesregierung zum Atomwaffenvertrags ergeben würden.



So wurde die Tschechoslowakei von Ostblocktruppen besetzt. Zeichnung: Hermsdörfer

Ablage

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn

Poststelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963; Tel. über 222 83

1. Vorsitzender Tristen Abromeit

2650 Bremerhaven, Schiffdorfer Chaussee 70

26. 9. 1968

Mitteilung an die Presse (10)

=====

Wahlempfehlung der Liberal-Sozialen Partei (LSP)
zur Kommunalwahl am 29.9.68 in Niedersachsen

Der Parteivorstand der Liberal-Sozialen Partei (LSP), Bonn, empfiehlt zur Kommunalwahl am kommenden Sonntag, 29.9., in Niedersachsen die Stimmabgabe für die FDP.

Der Parteivorstand bittet, nur jenen Kandidaten der FDP die Stimme zu geben, die den linksliberalen Flügel der FDP angehören, da nur diese fortschrittlichen Politiker um Prof. Dahrendorf in der Lage sind, die sozialen Zukunftsaufgaben zu meistern.

Die LSP hofft, daß die FDP ihren konservativen Geist überwindet.

Liberal-Soziale Partei LSP

Der Parteivorstand

gez. Tristen Abromeit, Karl-Heinz Ventker

Volker Stehr

Abtorg

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963
Telefon über 0541 / 22283

5. 10. 1968

Mitteilung an die Presse (11)

Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD

- 0. Vorbemerkung: So verständlich der Ruf ist, die NPD zu verbieten; sowenig darf die Problematik des Verbotes der NPD übersehen werden. Nicht alle Motive der NPD-Gegner sind edler Natur, nicht alle Wirkungen der NPD sind negativ.
- 1. Das Verdienst der NPD besteht darin, ungewollt das demokratische Gewissen einer großen Anzahl von Bundesbürgern aktiviert zu haben.
- 2. Die NPD mit ihren Erfolgen erzeugte mit die notwendige Unruhe, um unseren "Staatsmännern" ihre feiste Selbstgefälligkeit zu nehmen.
- 3. Nationalisten befinden sich seit der Geburt der BRD in den im Bundestag vertretenen Parteien; es ist scheinheilig, wenn die Mitglieder der Regierungen in der BRD mit dem Finger auf die NPD zeigen und ihren eigenen Nationalismus bzw. ihre eigenen nationalistischen Parteigenossen vergessen.
- 4. Der Nationalismus ist keine spezifisch deutsche Krankheit, wir finden sie sowohl bei den Weltmächten, wie auch in vielen kleinen Staaten.
- 5. Der Nationalismus, insbesondere in Verbindung mit dem Faschismus, wirkt gegen die Grundrechte und wirkt störend in der Völkerfamilie. Das Verbot von nationalistischen Parteien hebt aber nicht den Nationalismus auf.
- 6. Das Verbot von Estremparteien, seien sie nazistisch oder kommunistisch, ist auch keine demokratische Lösung und außerdem für einen Staat nicht ungefährlich, weil ganze Bevölkerungsteile auf Grund ihrer politischen Auffassungen in die Ungesetzlichkeit getrieben werden.
- 7. Estremparteien haben nur dann eine Chance, wenn die Gesellschaft krankt. Die NPD-Erfolge sind somit ein Zeugnis für die Versäumnisse der "staatstragenden" Parteien.

8. Für die Lösung gesellschaftlicher Probleme (auf nationaler und internationaler Ebene) gibt es immer nur wenige vernünftige Alternativlösungen.
Vernünftige Lösungen für den Gesellschafts- und Staatsbereich haben aber die Konsequenz, daß Privilegien der Etablierten aufgehoben werden.
Unsere "Staatsmänner" müssen daher auf ihre Privilegien verzichten, wenn sie die NPD erfolgreich bekämpfen wollen.
9. In der Kritik von links-außen an die NPD scheint ein gewisser Neid zum Ausdruck zu kommen. Die Argumentation ist dort oft genauso intolerant und irrational wie rechts-außen.
10. Der NPD mag ein Zug zum Faschismus innewohnen; aber so muß man dann konsequent fragen: nur bei der NPD?
11. Der Wahlspruch der Mächtigen der vergangenen Jahre lautet übersetzt so: Laßt uns die bequeme Regierungsweise. Außer der Zustimmung alle 4 Jahre an der Wahlurne geziemt Euch keine politische Tätigkeit. Wir, die erfahrenen Regierungs- und Parlamentsmitglieder machen das sowieso besser.
Im Rückblick zeigt sich, daß die Feinde der Demokratie nicht zuletzt die "staatstragenden" Parteien waren und sind, da sie wenig zur Demokratisierung der Bundesbürger beigetragen haben, obwohl sie die Mittel dazu hatten.
12. Der Kampf gegen die Antidemokraten muß auf der untersten Ebene aufgenommen werden: in den Betrieben, in den Schulen, in den Vereinen und in den Gemeinden.
Nochmals ein NPD-Verbot verhindert kein Scheitern unserer Demokratie.
13. zum Schluß: Wer die NPD und die kürzlich gegründete Kommunistische Partei (DKP) nicht will, der muß, wenn er glaubhaft bleiben will, in anderen politischen Vereinigungen mitarbeiten.

Tristan Abromeit
(Mitglied des LSP-Vorstandes)

Ab 1049
Beleg (LSP)

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963
Telefon über 0541 / 22283

18. 10. 1968

Mitteilung an die Presse (12)

Diskussionsbeitrag der LSP zu den Themen "soziale Sicherheit" und "demokratische Freiheit" des Arbeitnehmers aus Anlaß der Forderungen nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und mehr Mitbestimmung in Großbetrieben

1.0 Grundsätzliches

- 1.1 Eine Demokratie kann nur dann funktionieren, die Grundrechte haben nur dann einen Wirklichkeitsgehalt, wenn die Menschen in der Gesellschaft zur Mitbestimmung berechtigt und befähigt sind. Erst die Mitbestimmung macht aus dem Bewohner einen Bürger. Die notwendige Unabhängigkeit erhält der Bürger aber erst durch die soziale Sicherheit. Ohne soziale Sicherheit sind die Werte Freiheit und Menschenwürde Phrasen.
- 1.2 In der Diskussion unter Demokraten sollte die Fragestellung "Mitbestimmung? ja oder nein" überflüssig sein, denn das Wesen der Demokratie besteht ja darin, daß der einzelne Bürger seine Umwelt, seine Gesellschaft und seinen Staat (als Zweckmittel der Gesellschaft) mitbestimmt. Der Begriff Mitbestimmung wird hier bewußt nicht auf die betriebliche Mitbestimmung beschränkt, damit der Gesamtzusammenhang nicht verloren geht.
- Mehr Mitbestimmung? Ja! Aber wo und wie? Die Mitbestimmung wird für den einzelnen Bürger wertlos, wenn sie sich nur abspielt in Großräumen abspielt. Wenn die Demokratie in der Bundesrepublik heimisch werden soll - sie ist es noch nicht -, dann dadurch, daß die Wirkung der Mitbestimmung im überschaubarem Raum dem Einzelnen sichtbar wird.
- 1.3 Das Für-undWider der Mitbestimmung in den Betrieben ist nicht wertfrei im wissenschaftlichen Sinn zu entscheiden, da vorwiegend Aspekte der Macht und der Moral zur Diskussion stehen. Wohl aber sind die Folgen der betrieblichen Mitbestimmung rational vorausschaubar. Dabei ist aber darauf zu achten, daß Interessen im Kleide der Rationalität nicht für bare Münze genommen werden.

2.0 Mängel und Gegebenheiten

2.1 Die Hauptkontrahenten um die betriebliche Mitbestimmung sind die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Um deren Argumentation zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß beide Verbandsgruppen:

- sowohl ideelle wie auch materielle Interessen vertreten;
- ihre Bedeutung für die Gesellschaft überschätzen (Womit sie nicht allein stehen. Das Stichwort "Kirche" dürfte als Hinweis genügen.).

Beide Verbandsgruppen sind: 1. wirtschaftliche Vereinigungen,
2. politische Vereinigungen,
3. im Bildungssektor tätig.

Expansion der Macht ist für beide Verbandsgruppen lebensnotwendig. Daß aber die genannten Verbandsgruppen für die bundesrepublikanische Gesellschaft lebensnotwendig sind darf mit Recht bezweifelt werden. Die Zukunft gehört nicht den Blöcken, weder in der Wirtschaft, noch in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

In den beiden Verbandsgruppen wird die Meinungsbildung vorwiegend von hauptamtlichen Funktionären betrieben, die wirtschaftlich von den Verbänden abhängig sind, was bedeutet, daß Konformität für diese Meinungsbildner innerhalb der jeweiligen Lager ein Erfordernis des Broterwerbes ist.

2.2 Unter den Parlamentariern, Verbandsfunktionären und einem Teil der Presseleute ist wohl das beliebteste Modewort "Struktur" in den verschiedensten Verbindungen. Das Wort bedeutet laut Duden u.a. Gefüge, Aufbau oder gegliedertes Ganzes. Wer das Wort so oft benutzt der sollte seinen Inhalt kennen. Wenn man Strukturpolitik betreiben will, dann muß man in Zusammenhängen denken können. Sonst entsteht der Verdacht, das Wort "Struktur" solle inhaltlosen Reden Bedeutung geben. Wenn dies hier erwähnt wird, dann deshalb, weil Lohnfortzahlung und Mitbestimmung im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen reformbedürftigen Zuständen gesehen werden müssen.

Es ist eine traurige Wahrheit, daß unsere Parlamentarier zu nichts anderem fähig sind als zur Quacksalberei. Es ist ihnen zu empfehlen, daß sie sich wie die biblischen (moralischen) Gesetzgeber in die Wüste zurückziehen um Einkehr zu halten. Eine weitere Gesetzesflut - die Juristen sprechen schon von einer Gesetzesinflation - würde dann allen erspart.

3.0 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

- 3.1 Die Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen (also auch zu den Krankenkassen) und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind betriebswirtschaftlich gesehen für den Arbeitgeber Lohnkosten. Der natürliche Egoismus des Arbeitgebers wehrt sich dagegen, seinen Gewinn durch weitere Kosten schmälern zu lassen, für die er keine Gegenleistung sieht. Relativ leicht läßt sich die Forderung in einer Zeit der Vollbeschäftigung durchsetzen, da dann der Produktionsfaktor Arbeit sowieso einen steigenden Preis hat.
- 3.2 Zum Teil geht es in der Diskussion bezüglich der Lohnfortzahlung um die simple Tatsache, daß die gesetzlichen Krankenkassen entweder mehr Beiträge erhalten oder von Leistungen entbunden werden müssen. Da man aus wahltaktischen Gründen den "Arbeiter" nicht belasten möchte, werden andere Lösungen gesucht. Es bleibt noch die dritte Möglichkeit, den Arbeitgeberanteil für die Krankenkasse absolut zu erhöhen, was dann eine indirekte Lohnerhöhung darstellen würde.
- 3.3 Nicht nur die Krankenkassen kranken, sondern das ganze System der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik. Wir werden leider wohl eher eine neue Diktatur erleben als einen Bundestag, der ein System der sozialen Sicherheit entwickelt, das über die Jahrhundertwende hinaus Bestand haben könnte und nicht im Widerspruch zu dem Bild vom Menschen steht, das dem Grundgesetz zu Grunde liegt.
- 3.4 Als erstes müßte der ideologische Graben zwischen Angestellten und Arbeitern, der vor allem von den Angestellten auf seiner Tiefe gehalten wird, überwunden werden. Funktional sind die Grenzen zwischen Angestellten und Arbeitern längst verwischt. Entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen vom Arbeitsrecht her kurz-, mittel- und langfristige Arbeitsverträge geschaffen werden. Der Beamtenstatus sollte im öffentlichen Dienst seltener oder gar nicht mehr gewährt werden, 1. um alle Arbeitnehmer dem Wettbewerb auszusetzen und 2. damit Behörden und öffentliche Betriebe flexibler werden.
- Für alle Bundesbürger und für langfristig in der BRD arbeitende Ausländer sollte eine einheitliche Invaliditäts- und Altersversorgung geschaffen werden, die sowohl die Sozialhilfe als auch die Arbeitslosenhilfe einschließt.
- Die Kosten dieses staatlichen Sozialdienstes sollten aus Steuermitteln und nicht vermittels einem Kapitaldeckungsverfahren aufgebracht werden.

Dem Bürger muß die finanzielle Kraft für die ergänzende private Vorsorge bleiben. (Wobei gleich wieder auf die Probleme der Geldwertstabilität und der Wechselkurse hingewiesen werden muß.)

Jeder Bürger muß frei entscheiden können, welcher Krankenvorsorge er angehören will: einer Allgemeinen Ortskrankenkasse, einer Ersatzkasse, einer Betriebskrankenkasse, einer privaten Krankenversicherung oder einer "Medizin-Kooperative" wie sie von Dr. A.W. Bauer im "Spiegel" 38 / 1968 beschrieben wird.

4.0 Betriebliche Mitbestimmung

4.1 Die bisherige betriebliche Mitbestimmung hat wohl noch kein Unternehmen in den Konkurs getrieben oder vor dem Konkurs bewahrt. Die jetzige Mitbestimmung in den Betrieben hat sicher oft zur Konfliktregulierung beigetragen; daß sie eine soziale Sicherheit nicht geben kann, hat die letzte Wirtschaftskrise gezeigt. In den Mitbestimmungsorganen sind die gut 30 % organisierten Arbeitnehmer überproportional repräsentiert, weil sie mit ihren Organisationen bessere Wahlchancen haben.

(Aufrichtigerweise muß man zugestehen, daß ihre Kandidaten oftmals besser informiert sind. Hier macht sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit bezahlt.)

In kleineren Betrieben spielt die Mitbestimmung eine unwesentliche Rolle, da der persönliche Einfluß der Unternehmer vergleichsweise viel stärker ist.

4.2 Wie steht es mit der nichtbetrieblichen Mitbestimmung? Daß die Mitbestimmung der Bundesbürger bei der Gesetzgebung nicht über die Teilnahme an einer sich alle 4 Jahre wiederholenden inhaltlosen Wahlschau hinausgewachsen ist, ist sattsam bekannt. In den zahlreichen Räten gesellschaftlicher Organe haben unabhängige Persönlichkeiten keinen Platz.

Die Unternehmensmitbestimmung durch die Gesellschafter bei den Publikums-Aktiengesellschaften ist schwach. Bei den Genossenschaften beschränkt sich die Mitbestimmung vorwiegend auf den Verzehr des Vespers in der Generalversammlung. Bei den Aktiengesellschaften herrschen die Banken in den Hauptversammlungen (wogegen nicht einmal die Gewerkschaften Einwände erheben, weil sie sonst ihrer Bank für Gemeinwirtschaft auf die Füße treten müßten). Die Mitbestimmung der Mitglieder der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit findet nicht statt. In einer hier vorliegenden Satzung ist eine demokratische Gesinnung kaum mit der Lupe zu finden.

In den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen (ausgenommen die Ersatzkassen) bestimmen die Arbeitgeber mit, obwohl es nach dem heutigen System um reine Vermögensangelegenheiten der Arbeitnehmer geht. Umgekehrt ist die Situation in den Berufsgenossenschaften.

- 4.3 Bei der erweiterten oder qualifizierten Mitbestimmung werden betriebsfremde Einflüsse durch die Gewerkschaften von der Unternehmerseite befürchtet. Man kann dagegen argumentieren, daß betriebsfremde Einflüsse von der Eigentumsseite durch die Banken ebenfalls gegeben sind.

Abgesehen davon, daß die Mitbestimmung ein Machtmittel der Gewerkschaften ist, das wirksamer gemacht werden soll, haben die Gewerkschaftstheoretiker auch die Vorstellung, über die Mitbestimmung einen Einfluß auf die Gesamtwirtschaft zur Beseitigung ihrer Störungen zu erhalten.

Hier zeigt sich die marxistische Herkunft der kapitalistischen Gewerkschaftler. Die Marktwirtschaft würde man nach den Rezepten der Gewerkschaftler dabei behandeln wie einen Patienten, den man statt Heilstoffen Giftstoffe einspritzt.

- 4.4 Die Mitbestimmung funktioniert dort am besten, wo der einzelne Bürger mit dem Stimmzettel "DM" abstimmen kann. Solcher Art Abstimmung ist am unmittelbarsten. Wenn in den Betrieben mehr Mitbestimmung eingeführt werden soll, dann sollte sie möglichst unmittelbar bleiben.

- 4.5 Die Ausdehnung der Mitbestimmung, wie sie im Montanbereich gilt auf andere Großunternehmen ist nicht ratsam, da nicht die Stellung der einzelnen Betriebsangehörigen gestärkt wird, sondern die der Gewerkschaften.

Die Mitbestimmung muß auch nicht im Aufsichtsrat einsetzen, sondern in der Hauptversammlung. Um dieses zu erreichen, bieten sich drei Modelle an:

- a) Die Belegschaftsmitglieder erhalten 50 % der Stimmen in der Hauptversammlung. Für Anteilseigner und Betriebsangehörige gelten die demokratischen Wahlprinzipien.
- b) Es wird ein neuer Gesellschaftstyp gebildet, eine Mischung aus Genossenschaft und Aktiengesellschaft. Es gilt die Stimmgleichheit aller Anteilseigner. Die Gesellschaftsanteile können aber gehandelt werden wie Aktien. Der neue Gesellschaftstyp umfaßt alle Unternehmen mit einem Grundkapital über 100.000 DM und einer Belegschaft über 500 Personen. Wenn auf dem Wertpapiermarkt keine Gesellschaftsanteile angeboten werden, ist den Belegschaftsmitgliedern der

Erwerb über eine Kapitalerhöhung zu ermöglichen. Damit sich die neue Gesellschaftsform durchsetzen kann, muß die Aktiengesellschaft verboten oder wesentlich höher besteuert werden.

- c) Es bleibt bei der bisherigen Mitbestimmung und den Gesellschaftsformen, es wird jedoch eine Wirtschaftspolitik betrieben, die den Kapitalertrag zu-gunsten des Arbeitsertrages abbaut. Wenn der Kapitalertrag auf einen Pegelstand von 1 bis 3 % sinkt, dann kann die Mehrzahl der Arbeitnehmer soviel Vermögen bilden, daß sie frei entscheiden kann, wo sie sich an Gesellschaften beteiligen will und entsprechend mitbestimmen kann.

5.0 Kritik an Sozialisten und Liberalisten

- 5.1 Die unter 4.5 c) aufgezeigte Möglichkeit der Mitbestimmung in den Betrieben klingt utopisch. Sie ist es auch, aber nur darum, weil die menschliche Erkenntnisfähigkeit begrenzt ist und noch zusätzlich durch Befangenheit und Lehrmeinungen eingeengt wird. Für die Freiheit und Würde des Menschen wird gestritten und gelitten. Der Mensch ist aber immer noch des Menschen Sklaven und Feind. Marx hat für die Befreiung der Menschheit geschuftet, er hat aber wie viele andere im ökonomischen Bereich geirrt.

Proudhon, Gesell und ihre Schüler haben Werkzeuge entwickelt, die die Menschheit von vielerlei Not befreien könnten. Ihre Denkleistungen liegen ungenutzt, weil es die viel gepriesene wertfreie Wissenschaft nicht gibt und weil Privilegien zählebig sind.

Gesell wird lächerlich gemacht, obwohl viele seiner Erkenntnisse heute Allgemeingut sind und er Keynes als Fürsprecher hat. Nicht zuletzt die Gesellianer sind an diesem Zustand schuld, weil sie glauben, daß Gesell ein Allheilmittel gegen alle gesellschaftlichen Störungen ist.

- 5.2 Die moderne Volkswirtschaftslehre hat es zur wahrhaften (varietéreifen) Gedankenakrobatik gebracht, ihre Vertreter kommen sich sehr klug vor, nur störungsfreie Nationalwirtschaften und eine funktionierende Weltwirtschaft bringen sie nicht zustande.

Die klugen Herren werden sagen, unsere Erkenntnisse sind richtig, wir haben nur nicht die Macht, sie durchzusetzen. Premier Wilson in England hat z.B. die Macht, verhindert aber mit den modernen Theorien eine blühende Wirtschaft und schaufelt sein politisches Grab.

Die CDU und die SPD werden sich im kommenden Wahlkampf um die Leistung des wirtschaftlichen Aufschwunges streiten. Die Ursache der wirtschaftlichen Tal- und Bergfahrt ist aber das Verhalten der Bundesbank.

- 5.3 Die soziale Sicherheit und die Freiheit der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber, ebenso der Nichterwerbstätigen hängt von einer blühenden Wirtschaft, an der alle partizipieren, und von einem gerechteren Bodenrecht ab als das jetzige.

Es würde uns sicher allen gut bekommen, wenn die führenden Funktionäre in der Wirtschaft und Politik ihre Lehrbücher auswechseln würden.

Tristan Abromeit
(Mitglied des LSP-Vorstandes)

Ab lage

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963
Telefon über 0541 / 222 83

3. 11. 1968

Mitteilung an die Presse (13)

Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 - Gründungskongreß
2. November 1968 in Dortmund, Kleine Westfalenhalle

Das Vorstandsmitglied der Liberal-Sozialen Partei, Tristan Abromeit, Bremerhaven, nahm an dem Gründungskongreß des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 teil.

Seine grundsätzlichen Bedenken gegen das Verfahren der Gründung und die DKP als Aktionspartner trug er in einem Umdruck vor. Darin hieß es u.a., daß es nicht nur auf gemeinsame Zielsetzungen, sondern auch auf ein Minimum an gemeinsamen Prinzipien ankomme.

Der Umdruck wurde im Kongreßsaal verteilt. Als doktrinäre Kongreßteilnehmer den Inhalt gelesen hatten, wurde die weitere Verteilung im Namen der Kongreßleitung untersagt. Einem Verteiler wurden die Flugblätter gewaltsam entrissen.

Prof. Dr. Werner Hofmann, Referent und Initiator des Kongresses bedauerte gegenüber dem Verfasser des Flugblattes den Vorfall. Zu dem Inhalt des Kongresses muß gesagt werden, daß viele Bundesbürger ihren guten Willen kund taten. Als Friedensbündnis und Wahrer der Demokratie gebärden sich die marxistischen Sozialisten aber zu unduldsam und zu aggressiv. Die Diskussion unter der Linken ist besonders schwer, weil mit Begriffen operiert wird, die Emotionen aber keine Informationen vermitteln.

Die Vorstellungen der Bündnispartner können, wenn sie angewandt werden, wohl den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren; aber nicht den Kapitalismus auflösen.

Der Vorstand der Liberal-Sozialen Partei (LSP) kann unter den gegebenen Umständen nicht mit dem "Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969" kooperieren, er ist aber zu Diskussionen bereit.

Anlage: Flugblatt, verteilt am 2.11.68 in Dortmund

Tristian Abromeit
2850 Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 70

Abgabe
2. November 1968

- Mitglied der Liberal-Sozialen Partei -

Sehr verehrte Teilnehmer
des Gründungskongresses in Dortmund,

der heutige Tag wird so angefüllt sein mit Reden und Debatten, dass sich gruppenunabhängige Personen schwerlich Gehör verschaffen werden. Ich erlaube mir daher, auf diese Weise einige Gedanken zum Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 vorzutragen.

- 1.1 Ich hoffe, diesem Gründungskongress ist mehr Erfolg beschieden als vorherige Versuche zur Einigung ausserparlamentarischer Parteien und anderer politischer Gruppen.
- 1.2 Eine Politik des Aktionsbündnisses kann nur dann ein Novum sein, wenn sie Aussagen und Forderungen für die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft und den zwischenstaatlichen Beziehungen formuliert und nicht nur für einzelne Gruppen.
- 1.3 Die Sprache des Aufrufes ist unscharf und anbiedernd, sie unterscheidet sich hierin nicht wesentlich von der Sprache der NPD. - Dieses ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung.
- 1.4 Wenn Zustände in der Gesellschaft geändert werden sollen, dann muss man die Mittel rational auf ihre Wirkung und Wechselwirkung hin durchleuchten, sonst haben politische Aktionen leicht eine gegenteilige Wirkung. - Sachthemen der Arbeitskreise können in der kurzen Zeit gar nicht mit der notwendigen Sorgfalt abgehandelt werden. Der ganze Kongress kann daher nicht mehr sein als eine politische Demonstration wider die "staatstragenden" Parteien.
- 1.5 In einer von vier vorbereitenden Veranstaltungen für diesen Kongress in Bremen wurde behauptet, es sei beschlossene Sache, dass die Deutsche Kommunistische Partei Bündnispartner sei. Nach demokratischen Spielregeln - die doch das Bündnis verteidigen will - entscheidet der Gründungskongress darüber, wer Bündnispartner werden soll und wer nicht.

Die Gründung der Wahlpartei einen Tag nach der Gründung des Aktionsbündnisses erweckt den Eindruck, als solle etwas durchgepeitscht werden. Eine besonnene Willensbildung kann sich in so kurzer Zeit nicht vollziehen.

2.1 In Diskussionen in Bremen über die Wirksamkeit des Aktionsbündnisses wurde wiederholt bedauernd festgestellt, dass die Arbeiterschaft kein Klassenbewusstsein habe. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Begriffe "Arbeiterschaft" und "Klassenbewusstsein" einen Aussagewert haben; mir schien aber, dass die Initiatoren der Veranstaltung in Bremen wenig demokratisches Bewusstsein haben. Es wurde davon gesprochen, dass das Grundgesetz verteidigt und die Demokratie vertieft werden sollte. Gleichzeitig wurden aber Normen des Grundgesetzes wie: Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten in Frage gestellt. Die DKP, die die Demokratisierung in der CSSR verurteilt, wird als Bündnispartner akzeptiert.

Aber auch im Aufruf akzeptiert man Antidemokraten als Bündnispartner, wenn der Text mit der logischen Sprache übereinstimmt. Es wird dort zum Aktionsbündnis von Demokraten und Sozialisten aufgerufen; also auch Sozialisten, die keine Demokraten sind.

Es wurde in Bremen aber noch Schlimmeres gesagt: Das Aktionsbündnis hätte nicht mit Moral zu tun, der Erfolg wäre das Wesentliche! - Wenn Prof. Hofmann in einem Flugblatt des Giessener Kreises schreibt, dass das Bündnis zwischen CDU und SPD ein politisch sittenwidriges, öffentlich Ärgernis erregendes Konkubinat sei, dann ist eine Koalition der progressiven Gruppen - ohne moralische Fundierung - Hurerei, um in gleicher Metaphrase zu sprechen.

3.1 Bei aller Toleranz muss das Aktionsbündnis nicht nur nach übereinstimmenden Zielen fragen, sondern auch nach einem *Prozenter* Minimum an gemeinsamen Prinzipien.

3.2 Vorschlag für eine Erklärung im Antragsformular auf Mitgliedschaft im Aktionsbündnis und der Wahlpartei:

I. Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte sind auch dann Unrecht, wenn sie durch die Sowjetunion oder die USA vorgenommen werden.

II. Jeder Staat hat das Recht, innerhalb seiner Grenzen Reformen durchzuführen, wenn diese nicht gegen gültige internationale Verträge und gegen die Grund- und Menschenrechte verstossen.

III. Keiner Macht steht das Recht zu, ein Gesellschaftssystem mit Waffengewalt einzuführen oder aufrechtzuerhalten.

30. 11. 1968

Mitteilung an die Presse (14)

Stellungnahme zu den internationalen Währungsproblemen

Die Aktionen, Reaktionen und Berichte bezüglich der Auf- oder Abwertung westeuropäischer Währungen zeigen mit wieviel Unverstand regiert aber auch von der Presse berichtet wird.

Das Geschehen der letzten Wochen macht aber auch wieder einmal, wie stark die nationale und internationale Wohlfahrt von einer störungsfreien internationalen Währungsordnung abhängt.

Seit Jahren ignorieren die Politiker die Forderung von unabhängigen Wissenschaftlern nach Einführung des Systems der flexiblen Wechselkurse.

Es wird gerne und viel von notwendigen Reformen gesprochen; aber da, wo die entsprechenden Erkenntnisse vorliegen, werden die Reformen wie die Pest gemieden.

Die Opposition im Parlament ist hilflos, weil sie an Interessenverfälschung leidet. Die Gruppen der APO sind vorwiegend ratlos, weil sich diese Fragen nicht mit Mao, Marx oder Marcuse beantworten lassen.

In Frankreich will man die Studenten für die Blindheit der Politiker leiden lassen. Man könnte zum Spötter werden, wenn die Situation nicht so maßlos traurig wäre.

Zitate für Nachdenkliche:

Prof. Sohmen: Die Verantwortlichen sind gezwungen, jede Absicht der Paritätsänderung zu leugnen, und zwar um so stärker, je notwendiger und näher eine Paritätsänderung bevorsteht. Dieses Verhalten "kommt dem Tatbestand des Betruges bedenklich nahe."

Prof. Albert Hahn: "Die dem Bretton Woods-System inhärenten Widersprüche und die praktische Unvereinbarkeit von Konjunktur- und Zahlungsbilanzkonformität werden zu mehr oder weniger straff gehandhabten Zwangswirtschaften führen."

Prof. Sohmen: "... diejenigen, die heute für die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern verantwortlich zeichnen, geben (die) Ansichten der zur Zeit ihres Studiums führenden Nationalökonomien wieder."

Prof. Giersch: "Ich habe selber lange Zeit Vorurteile und Abneigungen dieser Art gehabt, bis ich mich bemühen mußte, diese Zusammenhänge zu lernen; das ist nicht ganz so einfach und dauert ziemlich lange." (Quellen können bei der LSP erfragt werden.)

Die westlichen Bruderstaaten beginnen sich zu zerstreiten, die Entwicklungshilfe scheitert nicht zu letzt an der internationalen Währungsunordnung. Wir haben keine Zeit mehr für eine weitere Jahre dauernde Verdrängung dieses Problems. Darum muß das System der flexiblen Wechselkurse zum Wahlkampfthema des Jahres 1969 werden.

Tristan Abromeit

+ deutlich

20. Februar 1969

An die Ex-Mitglieder und Interessenten der LSP,
insbesondere an die bundesrepublikanische Studentenschaft,
gleichzeitig
Mitteilung an die Presse (15)

Schlußbilanz einer Parteigründung

-Stellungnahme des Vorstandsvorsitzenden zur Auflösung der LSP-

1. URSPRUNG

Wenn der Prozentsatz der Bundesbürger, die Mitglied einer politischen Partei sind, bedauernswert gering ist, so dürfte die Zahl derjenigen, die sich ernsthaft mit den politischen Zuständen in der BRD, insbesondere mit den politischen Parteien, auseinandergesetzt haben und noch auseinandersetzen, erheblich höher liegen.

Diese politische Auseinandersetzung führte im Herbst 1966 bei dem Bundesbürger Karl-Heinz Ventker - der parteipolitische Erfahrungen aus der Freisozialen Union mitbrachte - und dem Verfasser dieses Berichtes - der damals vor dem Abschluß des Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg stand - zu der Folgerung, daß sie nur mit der Gründung einer neuen Partei ihren staatsbürgerlichen Auftrag leisten könnten. Diese Entscheidung wurde unabhängig voneinander gefällt. Der Kontakt wurde über eine dritte Person hergestellt.

2. GRÜNDUNG

Entsprechend der Maxime, daß ein Demokrat nach seinen Erkenntnissen zu handeln hat und nicht in die bequeme Resignation ausweichen darf, wurde mit sehr bescheidenen materiellen Mitteln versucht, Gleichgesinnte zu finden. Beide Initiatoren versuchten nicht, ihre freiwirtschaftliche ^{+)Orientierung} zu verbergen; Dogmatismus lag ihnen aber fern.

Ohne daß auf andere Organisationen zurückgegriffen werden konnte und obwohl nur 15 Personen zur Gründungsversammlung am 25. November 1967 nach Bonn gekommen waren, wurde die Gründung gewagt. Es war nicht die Absicht der Initiatoren, sich in den Vorstand wählen zu lassen. Die Wahl konnte aber nicht abgelehnt werden,

wenn die Ernsthaftigkeit des Wollens nicht in Frage gestellt werden sollte. Es bestand von vornherein Übereinstimmung darin, daß die LSP wieder aufgelöst werden sollte, wenn sie nicht innerhalb von Jahresfrist eine Mitgliederzahl von 1000 erreichen würde.

3. ANLIEGEN

Programme von Parteien können bestenfalls Orientierungshilfen sein, aber keine Fahrpläne. Uns schwebten keine nationalistischen oder kommunistischen Zielsetzungen vor, auch wollten wir keine Partei der MITTE (Imäßigkeit), sondern eine Partei des Ausgleichs durch Fortschritt. Wir wollten durch Wettbewerbsdruck die bestehenden kleinen und großen Parteien zu besserer Arbeit zwingen, durch Offenheit des Parteilebens und Klarheit der Ziele abseitsstehende Bundesbürger für die politische Arbeit gewinnen und durch eine fortwährende Diskussion die Wirtschaftswissenschaft zwingen, ihre Lehrsätze neu zu durchdenken.

4. BEURTEILUNG

Sympathiebezeugungen mündlicher und schriftlicher Art haben wir vielfach erhalten. Als Beispiel diene ein Auszug aus einem Brief von Herrn Franz-Josef Kunert. "..., vielen Dank für die Zusendung von Drucksachen über die LSP. Ich habe sie auch an einige meiner Freunde weitergegeben, und übereinstimmend sind wir zu der Auffassung gelangt; es ist mehr als traurig, daß eine Partei wie die Ihre, die durchschaubarere und aufrichtigere Gedanken vertritt als alle 'etablierten' großen Parteien (FDP mitgerechnet, das sage ich, obwohl ich den Jungdemokraten nahestehe) zusammen, (nicht unterstützt wird. d.V.) Es scheinen bei uns nicht vernünftige Ideen, sondern Geld und Parteibürokratismus zu siegen. Am Jahrestag der Gründung Ihrer Partei möchte ich aber sagen: wie soll das geändert werden, wenn nicht immer mehr Bürger diese Tatsachen sehen? Und wer soll es ihnen zeigen, wenn nicht die kleinen Parteien? Resignation wäre ein Unglück, zumal die LSP von den mir bekannten kleinen Parteien die beste zu sein scheint."

5. WIRKUNG

Meßbare Ergebnisse können wir nicht vorweisen. Unsere Mitgliederbasis konnten wir nicht vergrößern. Nennenswerte materielle Unterstützung durch private oder juristische Personen haben wir nicht erhalten. Unseres Wissens haben wir die Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters eingeleitet.

Sicher haben wir manches Mitglied anderer Parteien durch unsere Existenz und Argumentation beunruhigt. Insgesamt ist die Ernte aber recht mager ausgefallen. Unser Wirken wurde durch die spektakulären Demonstrationen in den Schatten gestellt.

6. WANDEL

Nicht zu übersehen ist, daß durch das Vorhandensein der APO - wozu die LSP ja auch zählte - und durch die NPD-Erfolge die starren politischen Fronten aufgerissen wurden. Die FDP wurde zusätzlich durch die Wahlrechtsänderungspläne der CDU/SPD gezwungen, sich auf ihren liberalen Ursprung zu besinnen.

7. FOLGERUNGEN

Da die LSP keine arbeitsfähige Größe erreichen konnte, hat sie sich mit Wirkung vom 20. Februar 1969 aufgelöst. Diese Entscheidung wird von der Vernunft bestimmt und ist kein Zeugnis der Resignation. Die politische Arbeit der (Ex-)LSP-Mitglieder wird in anderen Organisationen fortgesetzt.

8. MAHNUNG

Mit Abstand betrachtet sind alle politischen Aktionen der lebenden Generationen (in der BRD) nur eine Kette von Reaktionen. Zur Aktion gehört nicht nur der Protest und der Protest gegen den Protest, sondern der Gestaltungswille und die Gestaltungsfähigkeit für eine bessere Ordnung der Bundesbürger und der Menschheit, in der sich die Grundrechte besser behaupten können. Die Gestaltungsfähigkeit setzt Einsichten voraus, die erarbeitet werden wollen. Der lebendige Tote, Silvio Gesell, von seinen Anhängern oft zum Götzen gemacht, von der blinden herrschenden Lehrmeinung mitleidig belächelt, scheint da Hilfestellung geben zu können.

Am Beginn des Experimentes "LSP" schrieb der Verfasser im Oktober 1967 an die bundesrepublikanische Studentenschaft u.a.: "In der Demokratie ist nicht die Ruhe, sondern die Unruhe erste Bürgerpflicht. Gedacht ist dabei nicht an Aufruhr - der berechtigt sein mag, wenn die Regierenden die menschlichen Grundrechte mißachten -, sondern an eine besonnene Unrast, die bestrebt ist, Erreichtes zu vervollkommen, Erstrebenswertes durchzusetzen und Mißstände zu beseitigen."

Die Unruhe, die sich inzwischen unter der Jugend, insbesondere unter den Studenten, ausgebreitet hat, ist leider nicht die im Zitat erwähnte 'besonnene Unrast'. Wer auf Gewalt setzt, zeigt sich als Menschenfeind, auch wenn er sich Sozialist oder Humanist nennt.

Eine Jugend ist nur dann ihrer Vätergeneration überlegen, wenn ihr Moralkodex wahrhaftiger und menschenfreundlicher ist.

9. EMPFEHLUNG

Da mancher Bundesbürger sich fragen wird, wo er denn nun seinen Beitrag zur Bewältigung der Gegenwart leisten solle, sei eine Empfehlung gegeben: in der Freien Demokratischen Partei (FDP) oder in der Demokratischen Union (DU).

Begründung: Die CDU und SPD sind Hauptverursacher der bundesrepublikanischen Misere. Wenn die CDU von ihrem ideologischen Ansatz her schon unglaublich ist, so wirkt die SPD greisenhaft. Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF), eine Gemeinschaft der DKP und DFU, nebst einigen unabhängigen Personen, ist nur ein linkes Gegenstück zur rechten NPD.

Die FDP, die jahrelang an einem üblen Opportunismus und Konformismus litt, hat sich unter dem Druck der großen Koalition und der APO gemausert, sie kann nicht mehr nach rechts ausbrechen und muß progressiv agieren, wenn sie nicht bedeutungslos werden will.

Die DU ist eine noch junge Gruppierung, die offen ist für Ideen, die einen humanen Fortschritt ermöglichen. Die DU ist antiautoritär und hält sowohl parlamentarische, wie außerparlamentarische Aktionen für die Demokratisierung der Gesellschaft notwendig.

Eine demokratische Gesellschaft hat zur Voraussetzung, daß sie informiert (nicht formiert) ist. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Studentenschaft als Informationsmittler betätigen würde. Wenn Studenten ihr Unbehagen an dem Unvermögen unserer Gesellschaft vor kleinen Gruppen in den Vororten und Dörfern artikulieren würden, dann täten sie sich selbst und ihren Mitbürgern einen größeren Dienst erweisen, als wenn sie das politische Instrument "Krawall" überstrapazieren.

Tristan Abromeit

Anlage: Offener Brief an die Nordsee-Zeitung